

Kiel, 12.10.2007

Landtag aktuell

Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: Redebeginn

TOP 17 - Herausforderungen des demografischen Wandels für den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein annehmen (Drucksache 16/1627)

Bernd Schröder:

Ältere Beschäftigte im Erwerbsleben halten, jüngere integrieren

Das Statistische Amt hat eine **Bevölkerungsvorausberechnung bis 2020** für die Kreise und kreisfreien Städte in Schleswig-Holstein erstellt. Danach werden 2020 in Schleswig-Holstein 2,828 Millionen Menschen leben - in etwa so viele wie heute. Erst nach 2020 wird die Einwohnerzahl deutlich unter das Niveau von heute sinken.

Bedeutender als die Entwicklung der Einwohnerzahlen werden die Altersstrukturveränderungen sein. 2020 werden in Schleswig-Holstein rund 853.000 Menschen leben, die 60 Jahre und älter sind. Das sind rund 131.000 Menschen mehr als heute. Gleichzeitig wird bis 2020 die Zahl jüngerer Menschen unter 20 Jahre um rund 103.000 zurückgehen. Aus der Alterung der Bevölkerung resultiert ein **deutlicher Anstieg der Zahl der Haushalte** im Land.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit mit einem Vorurteil aufräumen. Es wird immer wieder behauptet, von allen Staaten Europas sei die Geburtenrate in Deutschland am niedrigsten. Das ist nachweisbar falsch. Im Vatikanstaat ist sie noch niedriger.

Im Ernst: der demographische Wandel ist eine der größten Herausforderungen, vor der unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft stehen. Er verstärkt den Fachkräftemangel, der sich heute schon bemerkbar macht. Nach einer Untersuchung des Institu-

tes für Betriebswirtschaftslehre an der Uni Kiel weist Schleswig-Holstein im Bereich der **Verfügbarkeit von Fachkräften** schon jetzt Defizite auf, was sich bereits negativ auf Standortentscheidungen von Unternehmen auswirkt. Die demographische Entwicklung droht langfristig den derzeitigen Fachkräftemangel noch zu verschärfen.

Wir müssen ältere Beschäftigte im Erwerbsleben halten und jüngere Erwerbstätige in das Erwerbsleben integrieren.-Unternehmen erkennen, dass ältere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein echter Gewinn sind, wenn es um ihr Fachwissen, ihre Erfahrung und ihre Kompetenzen bei Problemlösungen geht. Und junge Menschen leben schon jetzt mit dem Wissen, dass sie voraussichtlich häufiger in ihrem Berufsleben Wandel vollziehen müssen, von der lebenslangen Weiterbildung bis zu Berufswechseln.

Der demographische Wandel bietet für Schleswig-Holstein nicht nur Risiken, sondern auch besondere Chancen. Nach den vorliegenden Prognosen wird die ältere Bevölkerungsstruktur zu einer **höheren Nachfrage nach Dienstleistungen** in den Sektoren Gesundheit, Pflege, Wellness, Tourismus und Freizeit führen. Hier hat unser Land **Wettbewerbsvorteile**, die es zu nutzen gilt. Diese Bereiche müssen weiter gezielt gefördert und noch stärker auf die Bedürfnisse älterer Menschen ausgerichtet werden.

Neue Angebote im Gesundheits- und Wellness-Bereich oder im Kulturtourismus sind der richtige Weg. Wir müssen gemeinsam mit der Wirtschaft im Land, insbesondere mit den Tourismus-Anbietern, Ideen entwickeln, die unsere kleinen und mittleren Betriebe bei der Gestaltung von Angeboten für diese wachsende Zielgruppe unterstützen.

Auf dem Arbeitsmarkt setzen wir weiterhin auf **Qualifizierung** – ob in der beruflichen Erstausbildung oder in der Weiterbildung. Qualifizierung der Beschäftigten und der Jugendlichen muss ausgeweitet werden. Das „Bündnis für Ausbildung“ sowie das Weiterbildungskonzept tragen dem bereits weitgehend Rechnung. Dazu gehören auch intensivere Fort- und Weiterbildungsangebote für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeit-

nehmer, Unterstützungsangebote für erwerbstätige Mütter und Väter sowie neue Arbeitszeitmodelle.

Gezielte Investitionen in die Entwicklung und den **Erhalt der individuellen Leistungsfähigkeit** älterer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden künftig für Betriebe ebenso wie für Beschäftigte attraktiver.

Wir nehmen gemeinsam die Herausforderungen des demographischen Wandels für den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein an. Ich bitte Sie um Zustimmung zum Antrag der Fraktionen von CDU und SPD.